

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Normalform „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreis:
12 Monate 6 Monate 4 Monate 3 Monate 1 Monat
Schweiz: Fr. 17.70 Fr. 10.00 Fr. 6.50 Fr. 4.50 Fr. 2.50
Ausland: Fr. 20.00 Fr. 12.00 Fr. 8.00 Fr. 5.50 Fr. 3.00
Die Abonnementspreise sind für den Postweg zu verstehen.
Die Abonnementspreise für den Ausland sind um 20% mehr.
Die Abonnementspreise für den Ausland sind um 20% mehr.
Die Abonnementspreise für den Ausland sind um 20% mehr.

Einzelverkaufspreis:
Für den Postweg: 20 Cts.
Für den Postweg: 20 Cts.
Für den Postweg: 20 Cts.
Für den Postweg: 20 Cts.
Für den Postweg: 20 Cts.

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Perlestrasse 38, Freiburg (Schweiz) Telefon 406 — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenexpedition A.-G. Telefon 135

Der politische Winterüberzieher.

Im Gefolge des Krieges sind auch in der Schweiz politische Umgruppierungen an der Tagesordnung. Aus aller Teilen der Schweiz treffen Meldungen ein über Neugründungen von Parteien oder über Neuorientierungen. Alle diese Erscheinungen stehen im Zusammenhang mit dem raschen Zerfall der freisinnigen oder radikal-demokratischen Partei der Schweiz — wie sie sich an politischen Festtagen zu nennen pflegte. Der Liberalismus hatte eben trotz seiner aufklärerischen — alias Freimaurer-Führung im Weltkrieg komplett bankrott gemacht. Die Wahlen, die nur in der Negation höchster staatsrechtlicher und wahrhaft volksfreundlicher Grundsätze zusammen gehalten wurden, zeigten nach erlebter Enttäuschung auseinander. Und es blieb der Dritte alleine im dicken Nebel, und dieser Dritte war die Parteileitung. Sie wußte sich aber zu helfen. Sie begann rasch die Gründung neuer Parteien. Neue Parolen wurden ausgegeben. Der Freisinn, ein Kind der Revolution, hatte gesehen, daß er seinen jüngeren Bruder, dem Sozialismus, unterlegen mußte, welcher die revolutionären Ideen nach ihrer rein materiellistischen Interpretation, bis in die letzten Konsequenzen verfolgte. Nun sollte der Ruf nach „nationaler Einigung“ erhoben, „nationale Parteien“ werden gegründet, „bürgerliche Fortschrittsparteien“ und wie die schönen Worte alle heißen, die für den Wimpelfang dienen sollen. Oder meint man, daß nach der vom freisinnigen Parteivorstand heraus vorgeschlagenen Auflösung der bisherigen Partei und der erfolgten Gründung einer „demokratischen Fortschrittspartei“ die neue Partei anders gestimmt sei als die alte?

Mit solchen Worten und eleganter Geste wird es dem Bürger zur Vaterländischen Pflicht gemacht, diesen Parteien beizutreten zum Späße des ganzen Vaterlandes, wie man sagt, in Wirklichkeit aber — zur Rettung der freisinnigen Herrschaft. So verzeihen sich Neugründungen und Parteizusammenschlüsse, daß man über den tatsächlichen Erfolg wirklich schweigen möchte, wenn man nicht wüßte, daß es eben leicht ist Parteigruppen zu vereinigen, die wohl auf Meinungen aber nicht auf Überzeugungen beruhen.

Die Angst ist das treibende Motiv, die bis zur Aufgabe der eigenen politischen Anschauungen geht. Jahrzehntlang konnte die konservative Partei gesunde Reformen verlangen. Es war umsonst; der Freisinn machte sein Geschäft und war zufrieden. Heute nun, wo das politische Geschäftsmachen dieser Erzeugnisse in die Brüche zu gehen droht, schimpft der linke Flügel der Radikalen mit den Sozialisten über die „verfälschte Lohnpolitik des Bundes“ und der rechte Flügel ereifert sich in sozialen Reformen, um die selbst verschuldeten Miswirtschaft und die Hofflosigkeit der eigenen staatspolitischen Grundzüge zu verdecken. Die Debatte über Alters- und Invalidenversicherung der letzten Woche im Nationalrat ist eine neue Illustration hierfür.

Einer, der seine Leute kennt, Nationalrat Bopp von Rüsch, schreibt über die neuen Parteigründungen: „Überall geschah es von freisinniger Seite aus. Denn dort, am Herd des ungesunden Individualismus, der uns die heutigen Zustände beschert, empfindet man die eingetretene bürgerliche Schwächung und das Schuldverhältnis am schmerzhaftesten; für so lange weigert sich, bis die größte Gefahr wieder bevorsteht, bis die Lage wieder ruhiger — Geschäfte gestattet.“

Der Gedanke der bürgerlichen Vereinigung an sich ist heute durchaus verständlich; aber die Form und Aufgabe des Zusammenschlusses allein genügt nicht. Wir wollen erst wissen, wozu diese Vereinigung leitet. Kampf gegen den Bolschewismus ist nur eine halbe Lösung, und wenn er so geführt werden soll, daß wir dabei sofort ins Reich des „ordnungsgehemten“ Sozialismus und dessen Folgen, um lediglich den Teufel dem Beelzebub vorzuziehen — dann weg mit dieser Vereinigung!

Wer es heute mitansehen muß, — wie die „Neue Zürcher Zeitung“ mit einer fühlbar erstickten Wärme für eine sozialistische Umgestaltung eintritt — wie führende liberale Landtagsabgeordnete sozialistische Parolen schreien, in einem Eifer, der dem Herzen ihrer Schreiber fremd ist — den widersteht dieses Treiben unfähig an. Es ist keine Überzeugung, keine Wahrheit, keine Logik darin: nichts als Angst — oder wäre ein schärfer Ausbruch richtiger? Und die kopflose Angst sucht man äußerlich mit der Farbe des angeblich mannhaften Bekenntnisses, „umgelenkt“ zu haben, als Überzeugung zu deklarieren. Die Herren mühten wirklich merkwürdig schnell zu einer neuen „Überzeugung“ gelangt sein; sie funktionieren aber offenbar nur als Überzieher, den man nur bei düsterem Wetter trägt. Aber verumdamen mögen sich diese Herren nicht, wenn ihr neuer sozialistischer Eifer weder links noch rechts Anerkennung und Glaube findet, sondern bloß als Angstprodukt mit offener Hohn überschüttet wird. Er verdient nichts anderes. War es doch dieser Tage ein freisinniges Blatt selber, das ein verächtliches Gespöhs darüber ablegte, wie karikaturhaft diese neue, überstürzte bürgerliche Sozialpolitik sich ausnehme.“

So geht es eigenwilligsten Boden und viele Kantone weiterhin damit.

Nach dem Waffenstillstand.

Die badiische Nationalversammlung behandelte einen vom Zentrum Abgeordneten Dr. Schäfer eingebrachten und von allen Parteien unterstützten Antrag, dem zufolge die badiische Nationalversammlung gegen die unerhörte schändliche Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen seitens des Feindes protestiert. In der Begründung beteiligten sich neben dem Antragsteller auch die Abgeordneten Meyer (soz.) und Götter (demokr.) Für die badiische Volksregierung sprach ihr Präsident Geis, der u. a. erklärte, im Vertrauen auf das Programm Wilsons habe das deutsche Volk die Waffen niedergelegt und es müsse verlangen, daß Wilsons Grundsätze durchgeführt werden. Leider zeige aber die Art, in der das deutsche Volk während des Waffenstillstandes von der Entente vergeblich wird, daß Wilsons Programm nicht befolgt werde. Das badiische Volk wolle einen dauernden Frieden des Rechts und eine aufrichtige Verständigung der Völker. Die Hungerkassette müsse unbedingt aufhören. Gegen die gewalttätige Vertreibung der Deutschen aus Elsaß-Lothringen müsse protestiert werden. Wir fordern, so sagte der Ministerpräsident vor der ganzen Welt, daß unsere unglücklichen Kriegsgefangenen endlich wieder freigelassen werden. Sie dürfen nicht dazu verurteilt werden, um in fremdem Lande zu arbeiten. Wenn statt des Gehaltens der Versöhnung Haß und Empörung gesetzt werden, so würden neue Kriege unausweichliche Folgen sein. (Wolff.)

Wien als Freistaat.

In einer Wahlversammlung führte der Wiener Bürgermeister Dr. Weisskirchner unter dem Beifall der Versammlung aus: Es ist heute noch zu früh, über die Zukunft Österreichs zu sprechen. Nach meiner Meinung wird der Anschluß an Deutschland unter der Voraussetzung erfolgen können; daß auch uns die Sicherheit der Lebenseristenz geboten und insbesondere auch die Zukunft Wiens uns Wienern verbürgt wird. Ich habe den Gedanken aus Deutschland übernommen, Wien als Freistaat zu erklären und Wien in die Reihe der Bundesstaaten aufzunehmen. Es wird wohl kaum ein anderer Weg übrig bleiben. Wien muß Freistaat werden und wir Wiener werden in unermüdlicher Arbeit alles daran setzen, um diesen Freistaat nicht nur in seiner großen Tradition zu erhalten, als alte Kulturstätte deutschen Geistes, deutscher Schaffenskraft, deutscher Kunst und deutscher Liebe, sondern als Wirtschaftszentrum an der Donau.

Wenn sie zum Ruder find.

Eine Illustration zur sozialen Politik der Sozialdemokraten bringt das „Basler Volksblatt“ (Nr. 25). Am 10. Februar 1910 hatte der Basler Große Rat folgenden Antrag Dr. Adams beraten: „Der Regierungsrat möge prüfen und beschließen, ob nicht ein Teil des Reingewinnes der Kantonalbank, sowie die Hälfte des bis jetzt für die Auslandsbüchse der Landesfinanzen verausgabten Betrages (die sog. Trennung von Kirche und Staat war damals erfolgt), im Minimum aber jährlich Fr. 400,000 vom Jahre 1911 an als Neuführung eines Fonds zur Durchführung der Subventionen- und Altersversicherung oder eventuellen Waisenversicherung in Reserve gestellt werden kann.“ Ein Änderungsantrag, der die Sache der Regierung zur Prüfung überließ, wurde dank der Uneinigkeit der Sozialdemokraten angenommen. — Nun rate man, was seither geschehen ist. Die Basler Regierungsberichte sagen darüber: 1910: Die Volkszählung ist abzuwarten. — 1911—1913: Die Vorarbeiten werden mit der Verarbeitung der Volkszählungsergebnisse betrieben. — 1915 bis 1918: Die Verwirklichung eines solchen Projektes ist durch den Krieg wieder in die Ferne gerückt worden. Und dabei wurde das Departement des Innern in Basel seit 1907 immer von Sozialdemokraten verwaltet. Mehr als 10 Jahre lang ein so wichtiges soziales Postulat von den Sozialdemokraten verschleppt und verzögert worden. Aber sie werden sich dem leichtgläubigen Volke gleichwohl als seine einzigen Freunde vorkommen. Wer diesen Heucheleien glaubt, braucht für die Enttäuschung nicht zu bangen.

Bewachungstruppe.

(Amtliche Mitteilung des Generalkommandos der Armee.) Die „Zürcher Zeitung“ läßt sich aus Zürich a. B. melden, daß die Schmuggelfälle sich in letzter Zeit wieder vermehrt hätten. Dies werde dem Umstand zugeschrieben, daß Angehörige der freiwilligen Bewachungstruppe selbst den Schmuggel begünstigen oder sich sogar direkt daran beteiligten. Auch mit der Disziplin der Freiwilligen solle es nicht immer klappen“ usw. Diese Mitteilung macht nun ihren Weg durch die Presse.

Dazu ist zu sagen: Die Aufstellung der freiwilligen Bewachungstruppe drängte sich auf, um der Notwendigkeit zu entsprechen, auf unabsehbare Zeit hinaus Truppen für den Grenzpolizeidienst aufzubieten zu müssen. Dabei war und ist man sich zutiefst bewußt, daß es sich um einen Versuch handelte. In den wenigen Wochen, seit denen die Freiwilligenkompanien aufgestellt und im Dienste sind, war es noch nicht möglich, ein abschließendes Urteil darüber zu gewinnen, ob der Versuch als gelungen anzusehen ist oder nicht.

Es war und ist unvermeidlich, daß trotz aller Vorsicht gelegentlich einzelne unzuverlässige Leute in das Korps gelangten. Dagegen gibt es nur ein Schuttmittel, welches tatsächlich auch rückwirkend angewendet wird: die sofortige Entlassung. Vereinzelt Fälle, wo Freiwillige sich am Schmuggel beteiligten, sind vorgekommen; das war aber auch bei den aufgebauten Truppen hin und da der Fall. Ebenso wenig überraschend ist, daß eine Anzahl Leute auch wegen anderer Verfehlungen bestraft und entlassen werden mußten. Daraus aber auf eine eigentliche Korruption der ganzen Truppe zu schließen, ist eine Ungerechtheit gegenüber den vielen braven Soldaten, welche dem doch die große Mehrheit im Korps bilden. Es liegen bereits dienstliche Berichte vor, welche sich über die Bewachungstruppen sehr anerkennend aussprechen. Die Person des Kommandanten und der Geist, in dem die Truppe geleitet wird, bieten alle Gewähr dafür, daß Alles geschieht, was verlangt werden kann, um günstige Bedingungen für das Gelingen des Versuches zu schaffen.

Die Herren Kritiker aber werden gebeten, ihre Beobachtungen mit den für eine Untersuchung notwendigen Einzelheiten den Offizieren der betreffenden Abteilungen mitzuteilen. Damit wird der Sache und dem Lande ein Dienst geleistet, was nicht gerade der Fall ist, wenn man unter Verallgemeinerung von Einzelheiten ein ganzes Korps in seiner Ehre angreift und im In- und Auslande den Anschein erweckt, als ob die Bekämpfung des Schmuggels nicht mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit betrieben werde.

Protest des Bundesrates gegen die Sowjetregierung.

Der Bundesrat hat am 1. Februar den Entwurf einer Protestnote beschlossen, gegen die ungerechtfertigte und völkerrechtswidrige Zerschlagung der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd. Die Protestnote wird den Regierungen sämtlicher Staaten zur Kenntnis gebracht.

Der Leibtragende ist immer das Volk...

Vorige Woche nahm der Berliner Zentrum Abgeordnete Dr. Pfeiffer an einer Wahlversammlung der Christlichsozialen Wiens teil. In einer Ansprache führte er u. a. aus: Was hat sich denn im Zeichen der neuen Herrschaft vieles und großes verändert? Im Wesentlichen nicht. Früher in allen Zeiten hat man geklagt, daß wir regiert werden durch Senilismus, durch greisenhafte Schwäche, und jetzt werden wir regiert vom Infantilisismus, vom kindlichen Unvermögen, das sich mehr angemaßt hat, als es machen kann. Der Leibtragende dabei ist immer das Volk...

Der bolschewistische Agitationsplan.

Londoner Blätter verzeichnen ein Scheitern eines Einlenkens von Lenin und Trotski, die sich in der Moskauer Versammlung für die Berufung von Fachmännern in die Regierung ausgesprochen hätten. Tatsächlich gehe aber der bolschewistische Umsturz weiter. Die gen. Blätter berichten über diese Agitation: Eben jetzt sind in Wien Moskauer Emisariate tätig. Der Abgeordnete Böhm, der namens der russischen Bolschewikeregierung in Wien letzter Tage in verschiedenen Konventikeln aufgetaucht ist, hielt hier blutdürstige Reden mit dem immer wiederholten Schreie: die Stunde der Weltrevolution ist nahe, jetzt sind wir im Vordringen gegen Westen, die Läre des Westens müssen sich uns aufstellen, wir werden uns der Gewalt bemächtigen, indem wir die Soldaten und die Wehrmacht für uns gewinnen, dann steht der Durchführungs des endgültigen Sieges der Weltrevolution nichts mehr im Wege!

Europa ist nach diesem Plane in Aktionsbezirke eingeteilt: Rußland vereinigt in seiner Hand die Fäden der bolschewistischen Werkschäftigkeit in Deutschland und den ehemaligen österreich-ungarischen Ländergebieten. Karl Kie, einst Karl Kowojny, ist Leiter der bolschewistischen Agitationszentrale für die skandinavischen Länder; sein Hauptquartier ist das Moskauer Hotel „Metropole“. Der ehemalige englische Textilarbeiter Wolf hat die Aufgabe, den Bolschewismus nach England und Frankreich zu tragen. Er kam aus Frankreich und hat sich schon einige Jahre vor Kriegsausbruch in Rußland politisch betätigt. Ihm wird der Plan zugeschrieben, in den Zentren der französischen Rüstungsindustrie, bei den Schneider-Strazwartwerken mit der bolschewistischen Agitation einzudringen und von dort aus fächerförmig die Verbreitung der Bewegung zu beginnen.

Übergabe der deutschen Handelsflotte.

(„Frk. Genau.“) Als erste Staffel der am 1. Februar an die Entente abzuliefernde deutsche Handelsflotte kommen in Hamburg 16 bis 18 Schiffe in Frage. Der oberste Marinetat der Nordsee und der S. R. des 19. Armadkorps in Altona sind, wie das Hamburger „Stemmenblatt“ berichtet, von der Ho-

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Freiburger Nachrichten

Für die Redaktion verantwortlich:
Hof. Rathsch. Dr. Fr. Wagner.

